

## Usinger Politik steht zu ihrem Für und Wider



### NEUER MARKTPLATZ

#### Was sagen CDU, SPD, FWG und Grüne zur Kritik der FDP und der Klage von Frank Meterns und Dr. Rudolf Brehm?

USINGEN - (dh). Von voller Zuversicht bis zu größter Skepsis reicht die Einschätzung der im Usinger Stadtparlament vertretenen Parteien zum Projekt Fachmarktzentrum Neuer Marktplatz.

Vorsitzender Gerhard Brähler hatte für die FDP unter anderem beanstandet, dass die enge Terminsetzung den Politikern einen korrekten Erörterungsprozess nicht zugelassen habe, der Magistrat von der Stellplatzsatzung abgewichen sei und dass ein Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung in Usingen Partner in der Kanzlei sei, in der der Kaufvertrag zwischen dem Investor Procom und der Stadt geschlossen wurde (der UA berichtete).

Stadtverordneter Ulrich Keth (FDP) hatte in einem Leserbrief darauf hingewiesen, dass „Tausende von Arbeitsstunden der Usinger Verwaltung umsonst gewesen“ seien. Eine höhere sechsstellige Summe sei verbrannt worden. Keth vermutet, dass die Stadt mögliche weitere Investoren für frei werdendes Gelände (Konrad-Lorenz-Schule, altes Krankenhaus) durch ihr Verhalten gegenüber Investor Procom verprellt habe. Er forderte aber gleichzeitig, auf die „Gigantonomie“ zu verzichten und das Projekt zu verkleinern.

Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende und Stadtverordnete Guido Certa staunt, dass zwei Stimmen der FDP so unterschiedlich ausfallen. Sollte man noch die des Fraktionsvorsitzenden Niedenhoff einholen, dann wäre vielleicht noch eine dritte Variante zu hören. Bislang habe die FDP mit einer Stimme gesprochen und sich auch in der Stadtverordnetensitzung am 29. Juni im Grundsatz ganz

klar zum Vorhaben Fachmarktzentrum Neuer Marktplatz geäußert (bei der Abstimmung der Stimme enthalten). Was die FDP nun durch die Kommunalaufsicht prüfen lassen will, das wisse er nicht. „Da wir in einem Rechtsstaat leben ist, es selbstverständlich jedem freigestellt zu klagen“, kommt Certa auf die von Frank Mertens und Dr. Rudolf Brehm eingereichte Normenkontrollklage zu sprechen. Die CDU jedenfalls sei von dem Vorhaben überzeugt und voller Zuversicht, dass mit der geplanten Bebauung des Neuen Marktplatzes Usingen entscheidend nach vorn gebracht werden kann.

Klar sei, dass mit dem Erfolg des Edeka-Marktes und des Fachmarktzentums eine Belebung entstehe, die massiv auch mit Verkehr verbunden sei. Das bislang vorliegende Gutachten deute auf eine enorme Belastung hin, ein weiteres Gutachten soll mehr Aufschluss bringen. „Die Union geht davon aus, dass sich der Verkehrsfluss regeln lässt“, so Certa. Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende gibt zu bedenken, dass der Neue Marktplatz und die Fachmärkte am Riedborn keine zwei, sondern letztendlich ein Standort seien. Beide könnten gegenseitig voneinander profitieren. „Wir wollen auch nicht, dass dieser gemeinsame Standort geschwächt, und dort Kaufkraft abgezogen wird“, hob Certa hervor.

Die Antworten auf die Stellungnahme der SPD zum Fachmarktzentrum seien ja schon vorher bekannt gewesen. Die SPD bleibe bei ihrer Forderung: Es müsse sichergestellt sein, dass der Verkehr in der Bahnhofstraße und Westerfelder Weg reibungslos fließen kann, dass ausreichend Parkraum zur Verfügung steht, und dass die neuen Haltestellen in der Bahnhofstraße den Verkehr nicht behindern, betont SPD-Fraktionsvorsitzender Bernhard Müller. So wie sich der Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) die Bushaltestellen vorstellt, so gehe das absolut nicht, stellt Bernhard Müller fest. Schon jetzt sei die Situation problematisch und man könne selbst miterleben, wie in der Bahnhofstraße Staus entstehen.

Die SPD hätte gerne gesehen, wenn eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Lebensmittelmarktes installiert worden wäre. Leider habe man keine Handhabe eine solche Solaranlage zu erzwingen. Eine weitere Forderung der SPD habe er noch nicht abgeschrieben: Die Gebäude sollen in der Außengestaltung in die Umgebung eingepasst werden. Baulich müsse da etwas verändert werden, denn die SPD möchte nicht die typischen Geschäftsbauten, also Sichtbeton sei zu vermeiden!

Jedem Bürger sei in diesem Rechtsstaat frei, Klage zu führen, unterstreicht auch Bernhard Müller. Er glaube aber nicht daran, wie Keth im Leserbrief vermutet, dass eine Normenkontrollklage eine aufschiebende Wirkung hat und sich somit das Verfahren verzögert.

„Wir stehen voll und ganz hinter dem Projekt“, macht Brunhilde Müller deutlich. Die stellvertretende FWG-Fraktionsvorsitzende nahm für den verhinderten Fraktionsführer Jürgen Konieczny Stellung. Die Verkehrssituation sei schon ein heißes Thema und werde wohl noch zu der einen oder anderen Änderung führen. Aber den Verkehr zu entzerren sollte das Problem nicht sein, und daran werde das Projekt auch nicht scheitern, meint Brunhilde Müller.

Die Fraktion von Bündnis90/Grüne sei schon immer sehr skeptisch dem Projekt gegenüber gewesen. Zum einen weil nicht die neuesten ökologischen Möglichkeiten genutzt werden, zum anderen, weil es zum Verkehrschaos in der Innenstadt kommen wird. „Selbst der Gutachter spricht von einer Überlastung und weiß keine Lösung“, hält Susanne Weinreich fest. Den sogenannten Quell- und Zielverkehr werde es immer geben, da bringe auch eine Nord-Ostumgehung keine

Entlastung. Die Innenstadt müsste umgebaut werden, damit der Verkehr fließen kann, dafür fehle aber das Geld. Die Normenkontrollklage diene nicht unbedingt der Allgemeinheit, wie Mertens und Brehm verlauten ließen, aber in einem Rechtsstaat sei dieser Weg nachvollziehbar. Sie könne Mertens verstehen, denn dieser habe eine gute Position gehabt, und nun würden Mieter von ihm abgezogen. Allgemein wäre zu wünschen, die Parteien würden den Bürgern mehr Input bieten, damit sie solch ein Projekt, wie das Bauvorhaben am Neuen Marktplatz, besser begleiten können. Erst zuletzt, wenn der ganze Umfang bekannt wird, gebe es Proteste. Schwierig sei es dann, wenn ein Projekt in den letzten Zügen liegt, dies zu verändern. So stehe jetzt der Planungsprozess zur Diskussion. Zunächst kleiner geplant habe Procom nachgelegt: „Lasst es uns größer bauen.“ Das sei der Fehler gewesen, bilanziert Weinreich. Und abschließend: „Für die Usinger Innenstadt wird dies zum Trauerspiel.“